



Foto: Borrs

Hans-Jürgen Leutloff, Abteilungsleiter im SoVD (li.), und **Dr. Friedrich Mehrhoff**, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV).



Foto: Borrs

Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Agentur für Arbeit, gehörte zu den rund 200 geladenen Gästen des Parlamentarischen Abends.



Foto: Schlemmer

Nedim Bayat, SoVD-Bundesgeschäftsführer (li.), und **Manfred Grönda**, SoVD-Präsidiumsmitglied.



Foto: Borrs

Klaus Kirschner, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss (SPA), lud den SoVD in die Räume der Parlamentarischen Gesellschaft ein.



Foto: Borrs

SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack (li.) und **SoVD-Präsident Adolf Bauer** (re.) im Gespräch.

200 Gäste bei einem Parlamentarischen Abend des SoVD mit hoch-aktuellem Bezug

Sozialstaat – Zukunft für Gesellschaft und Demokratie

Thema und Zeitpunkt hätten kaum passender gewählt werden können: Während in diesen Tagen im Bundestag über Haushalt und Sparmaßnahmen diskutiert wurde, lud der Sozialverband Deutschland am 16. September in die Räume der Parlamentarischen Gesellschaft gegenüber dem Reichstag ein. So fanden sich zahlreiche Bundestagsabgeordnete direkt aus dem Plenum zu der SoVD-Abendveranstaltung unter dem Motto „Sozialstaat – Zukunft für Gesellschaft und Demokratie“ ein.

Rund 200 Gäste, darunter Vertreter befreundeter Verbände, der Bundesregierung und des Sozialverband Deutschland, waren der Einladung gefolgt. Als Rednerinnen waren Ingrid Fischbach, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Elke Ferner, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion geladen.

In seiner Eröffnungsansprache, in welcher er die Gäste zunächst herzlich willkommen hieß, stellte SoVD-Präsident Adolf Bauer den Bezug zum Leitsatz des Abends her. Schon vor diesem Herbst habe es Einschnitte in die bewährten sozialen Sicherungssysteme gegeben, sagte Bauer. Durch das sogenannte Zukunftspaket werde der Sozialstaat jedoch in seinen Grundfesten erschüttert. Bauer zitierte aus dem Maßnahmenkatalog unter anderem die besonders intensiv diskutierten Belastungen für Langzeitarbeitslose und Familien. So werde nicht allein der befristete Zuschlag zum Arbeits-

losengeld II abgeschafft, der bislang dazu gedient habe, die finanziellen Härten aufzufangen, die sich aus dem Wechsel vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV ergäben; es werde künftig auch das Elterngeld voll auf Hartz IV angerechnet. „Hilfebedürftigen Eltern werden damit dringend benötigte finanzielle Mittel entzogen.“

Zuspruch erteilte Bauer ebenfalls für seine Positionen zur Situation der Rentner (Siehe Redeauszug auf Seite 1) sowie für seine arbeitsmarkt- und gesundheitspolitischen Forderungen. Auch kritisierte der SoVD-Präsident im Hinblick auf einen nachweislichen konjunkturellen Aufwärtstrend, dass die Bundesregierung zwar die Belastung der Staatskasse durch die Bankenkrise ungefiltert an den Bürger weitergegeben habe. Die Tatsache, dass der Aufschwung jetzt zu einem höheren Steueraufkommen als erwartet führe, werde hingegen als nicht relevant für eine notwendige Korrektur der Sparmassnahmen abgetan. „Das Kürzungspaket und die begleitenden Entwürfe der Ministerien signalisieren deutlich: Die Belastungen geben wir gern weiter, die Entlastung lassen wir Euch aber nicht spüren.“

In ihrem Beitrag stellte die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach, „Differenzen“ zu den Statements des SoVD-Präsidenten



Foto: Schlemmer

Ingrid Fischbach

fest. So bezeichnete Fischbach es als nicht sinnvoll, konjunkturelle Erhöhungen in Leistungen umzuwandeln. Zu einem verantwortungsbewussten Vorgehen den nachfolgenden Generationen gegenüber gehöre es, den Schuldenberg diszipliniert abzutragen – auch wenn es Einsparungen gebe, die schmerzhaft seien.

Elke Ferner, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, monierte, dass die Regierung „bei den Kleinen spare“. Schon das Elterngeld zeige, wie ungerecht das Paket sei. Mit der Kopfpauschale werde die gesetzliche Krankenversicherung „in ihrem Fundament unterhöhlt“. Das Grundprinzip des Sozialstaates hänge nicht davon ab, ob „gerade Geld da sei, sondern, dass es einen Rechtsanspruch auf bestimmte Sicherungen gebe“. Nach den detaillierten Redebeiträgen nutzten die Anwesenden bis in den späten Abend die Gelegenheit zum intensiven politischen Gespräch.

Hilfebedürftigen werden dringend benötigte finanzielle Mittel entzogen

Belastungen werden weitergegeben, nicht jedoch Entlastungen



Foto: Schlemmer

Elke Ferner



Foto: Borrs

Die drei Redebeiträge von Adolf Bauer, SoVD-Präsident, Ingrid Fischbach, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Elke Ferner, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, wurden von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.



Foto: Schlemmer

Hubert Hüppe, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, und **Katja Robinson**, Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke.



Foto: Schlemmer

Klaus Michaelis, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA), im SoVD im Gespräch mit **Judith Kerschbaumer**, ver.di.



Foto: Borrs

Karin Oswald und **Hans-Joachim Tümmler** (stehend), beide SoVD-Vorstandsmitglieder aus Schleswig-Holstein, mit **Horst Brinkmann**, SoVD-Präsidiumsmitglied (NRW).



Foto: Schlemmer

Michael Wiedeburg, SoVD-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg (li.), mit **Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer**, Vorsitzende des AK Sozialversicherungen, und **Richard Dörzapf**, SoVD-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz-Saarland.